

Anzeigen:
Die 12spaltige Zeile über dem Raum 10 Wg. für aus-
wärtige 15 Wg. Bei mehrmaliger Aufnahme Nachlag.
Wochensätze 30 Wg. für auswärts 50 Wg. Beleggebühren
der Zeitung Nr. 199.
Verkehrs-Anschluss Nr. 199.

Wiesbadener



General Anzeiger

Amtsblatt der Stadt Wiesbaden.

Vier Freibeilagen:
Tägliche: Unterhaltungs-Blatt, „Fischerhand“, — Wöchentlich: „Der Landwirt“, —
„Der Bauer“, und die „Körner“, „Fischer“, „Fischer“, „Fischer“.

Geschäftsstelle: Mauritiusstraße 8.

Rotationsdruck und Verlag der Wiesbadener Verlagsanstalt
Emil Sommer in Wiesbaden.

Anzeigen-Aufnahme für die abends erscheinende Ausgabe bis 1 Uhr nachmittags, für die 2. Sonntags-Ausgabe bis 3 Uhr nachmittags. Im Interesse einer geordneten Ausfertigung der Anzeigen wird gebeten, größere Anzeigen möglichst einen Tag vorher aufzugeben. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten vorgeschriebenen Tagen kann keine Bürgschaft übernommen werden.

Nr. 7.

Mittwoch, den 9. Januar 1907.

22. Jahrgang.

Als Schutzwagen zwischen Wiesbaden und Frankfurt a. M.

benutzt die Eisenbahn bei den meisten Zügen den Bahnpostwagen. Auf den übrigen rechts- und linksrheinischen Strecken und überhaupt im ganzen Reich sieht man ihn noch vielfach die Nebenrolle übernehmen. Wir möchten aber einmal nachdrücklich darauf hinweisen, in wie hohem Grade das Publikum an einer derartigen Verwendung des Postwagens interessiert ist. Man muß eigentlich staunen, daß nach dem neuesten Bahnungsgesetz auf der Schnellzugstrecke Hamburg-Köln nicht mehr Aufhebens von der Verwendung des Brief- und Wertsendungswagens als „Schutzwagen“ gemacht worden ist. Bekanntlich kamen nicht nur mehrere höhere Beamte durch die Verunglückung des Wagens um, sondern es ging auch fast der ganze Brief- und Wertsendungs-Inhalt verloren — das heißt, u. a. viele un-erlöschliche Millionen Mark! Wäre der Wagen nicht als Schutzwagen, also nicht unmittelbar hinter die Lokomotive gestellt worden, würde kein Verlust eingetreten sein. Als „Schutzwagen“ müßte überhaupt ein Wagen folgen, in dem nicht eine Anzahl Menschen mitfahren, wie er ja auch in vielen Fällen Benutzung findet. Wenn wir aber speziell vom Standpunkt des Wiesbadener Publikums die Frage anschneiden, so hat das seinen Grund mit in dem Umstande, daß ähnliche, wenn auch zum Glück weniger schreckliche Unfälle des als „Schutzwagen“ verwandten Bahnpostwagens erst in den letzten Jahren gar nicht weit von Wiesbaden, auf den Bahnstrecken am Rheine, vorgekommen sind. Es gilt von jeher oberhalb der Grundfrage, daß von den Briefschaften und Wertsendungen, die das Publikum den öffentlichen Verkehrsanstalten des Reiches anvertraut, unter allen Umständen nichts verloren gehen darf. Das Publikum verläßt sich auch hierauf. Muß man aber nicht angesichts solcher gänzlichen Zerstörung eines mit wertvollen Sendungen angefüllten „Schutzwagens“ fragen, ob diese Sicherheit nicht durch die Schutzwagenrolle zweifelhaft gemacht wird! Von Wiesbaden geht täglich eine gewaltige Masse Geschäftsbriefe, Privatkorrespondenz und beträchtliche Werte enthaltende Sendungen aus, um nach allen Richtungen des Reiches ihren vorgeschriebenen Weg zu nehmen. Welcher immense und zum Teil überhaupt nicht bezahlbare Schaden kann jedoch allein auf unsere Stadt entfallen, wenn ein Bahnpostwagen-Unfall, wie er in den letzten Jahren in der Nähe Wiesbadens tatsächlich vorgekommen ist, einen so unglücklichen Ausgang nimmt, wie das Ottersberger Unglück. In solchen Bahnpostwagen befinden sich nicht nur große reale Werte, sondern auch mancherlei unersetzbare Korrespondenzen

und Dokumente, die nicht verloren gehen dürfen und nicht ersetzt werden können. Wir möchten noch erwähnen, daß die Bahnpostwagen besonders leicht gebaut sind! Und gerade dieser schwache Wagen mit Menschenleben und Postwertobjekten muß als „Schutzwagen“ herhalten!

Ein Postwagen entgleiste am 3. Januar im Schnellzuge D 51 Frankfurt-Köln (rechtsrheinisch). Der Zug befand sich noch in voller Fahrt — zwischen den Stationen Diefisch-Winkel und Geisenheim. Trotzdem das Postpersonal sofort die Notbremse zog, kam der Zug erst nach Durchfahren einer Strecke von 300 Metern zum Stehen. Der Unterbau des Postwagens wurde ganz zertrümmert, der Wagen hin- und hergeschüttelt, so daß er umzustürzen drohte. Das Bahnpersonal war genötigt, sich an den Messingklängen anzuklamern. Zwei Oberpostassistenten mußten sich infolge der Aufregung krank melden.

Von den Eisenbahnunfällen, die 1905 im Reichsgebiet vorkamen, sind 23 deutsche Bahnposten betroffen. Wieviel Bahnpostunfälle darauf zurückzuführen sind, daß die Bahnpostwagen als Schutzwagen hinter der Maschine geführt werden, wird allerdings in der betreffenden Zusammenstellung nicht zum Ausdruck gebracht.

Erst vor reichlich einem Jahre entgingen auch zwischen Diefisch-Winkel und Frankfurt sieben Bahnpostbeamte nur durch Zufall dem sicheren Tode. Dem Hauptzuge Wiesbaden-Frankfurt ging ganz kurz ein Vorzug voraus. In dem Vorzug war als „Schutzwagen“ ein leerer Personenwagen eingestellt. Der Hauptzug fuhrte dagegen immer noch den Postwagen als Schutzwagen. Bei Kiersbach stieß der Vorzug mit einem Güterzuge zusammen. Der Schutzwagen wurde ganz zertrümmert und buchstäblich unter die Lokomotive geschoben und verbrannt. Was wäre aber geschehen, wenn nicht zufällig der Vorzug nötig gewesen wäre! Also wenn der Hauptzug mit dem Güterzuge gleich heftig zusammengestoßen wäre! Die sieben Postbeamten im Postwagen wären unmittelbar unter den Wagentrümmern verbrannt. Und welche Gefahr für die Postwertgegenstände! Bei dem Ottersberger Unglück sind 15–20 Millionen Mark allein an Bahnpostsendungen vernichtet worden.

Ein netter Gehilfe im Ministerium.

Man schreibt uns aus Petersburg:
Um Staatsausgaben zu ersparen, schuf Graf Witte seinerzeit eine besondere Organisation zur Überweisung des Getreidehandels, die dem Handels- und Industrie-Departement des Finanzministeriums unterstellt war. An der Spitze dieser Organisation stand der berühmte Herr Raspero, der jetzt wegen Veruntreuung von Krongeldern vom Gericht schuldig gesprochen worden ist.

Im Jahre 1895 wurde vom Ministerium das Getreide zu einem Preise gekauft, der für die Güterbesitzer außerordentlich vorteilhaft war. Die Verwirklichung der Pläne des Grafen Witte aber übernahmen einzelne Mitglieder der Semstwoverwaltungen, denen befohlen wurde, das Getreide ausschließlich bei den adeligen Güterbesitzern einzukaufen. Dabei erhielten die Verkäufer 95 Prozent der Verkaufssumme im Voraus, und nur 5 Prozent wurden ihnen nach Zustellung des Getreides gezahlt.

Besonders hervorragend in dieser Richtung ist die Tätigkeit der Gebrüder Alexander und Nicolaus Pawlow. Der erste von ihnen, als Mitglied der attarskischen Semstwoverwaltung, kaufte das Getreide bei sich selbst ein — das war das Einfachste — und erhielt dabei eine große Summe im Voraus. Da die Gebrüder Pawlow damals zusammen wohnten, so wurde diese Summe unter ihnen verteilt. Von dem Getreide aber lieferten sie nur ein ganz kleines Quantum. Im ganzen blieben sie der Regierung 9000 Rubel schuldig. — Die Regierung forderte von den Semstwoverwaltungen die im Voraus gezahlten Summen zurück. Die Semstwoverwaltungen sandten in das Ministerium ein Verzeichnis der von der Regierung begünstigten Güterbesitzer und wiesen darauf hin, daß die ausgezahlten Summen von den betreffenden Güterbesitzern selbst zurückzufordern seien. Das Ministerium ging darauf ein und forderte von jedem Güterbesitzer die ihm ausgezahlten Summen. Sehr charakteristisch ist es, daß die schriftliche Forderung, welche dem Herrn A. Pawlow im Gouvernement Saratow gelangte, ihm nicht überreicht werden konnte, da man ihn nicht fand. Als er endlich im Ministerium des Innern, dessen Beamter er war, gefunden wurde, sagte er, daß er das Getreide zusammen mit seinem Bruder eingekauft habe, und er weigerte sich, die erhaltenen Summen zurückzugeben. Sein Bruder aber, N. Pawlow, hat schon bei den ersten Gerichten von dem Zwangsankauf von Privatländereien seine Güter verkauft, und man wird jetzt nichts von ihm bekommen können. Das Interessanteste ist aber, daß einer dieser Gebrüder der nächste Gehilfe Raspero in dem Verpflegungsdepartement des Ministeriums des Innern ist.

Wir haben Gelegenheit gehabt, Original-Dokumente der Affäre Gurko-Lidval einzusehen und haben uns überzeugt, daß der Direktor des Verpflegungsdepartements Lidwinoff sich von der ganzen Sache zurückgezogen hat, denn alle Dokumente, welche die Lidval-Lieferung betreffen, tragen die Unterschrift Pawlows, welcher ein Beamter desselben Departements ist.

Nur mit einem solchen Gehilfen an der Seite kann man — eine ähnliche Schwindel-Affäre unternehmen.

Kleines Feuilleton.

Was in Kopenhagen möglich ist. Ein Einbruch in das Stadttheater in Kopenhagen ist, nachdem das Theatergebäude bereits vor einiger Zeit von Dieben heimgeführt wurde, wiederum versucht worden. Die Eindringlinge drangen offenbar in der Absicht, das Theater-Restaurant auszulündern, in das Foyer ein. Sie wurden aber gestört und flüchteten. Als einziges Beutestück nahmen sie einen Warenautomaten mit. Es gelang ihnen jedoch, trotz vieler Bemühungen, nicht, den Automaten zu öffnen. Arg verdutzt, aber seines Inhalts nicht beraubt, wurde der Automat tags darauf in der Nähe der Sptee aufgefunden.

Die „Privatverhältnisse“ der Prinzessin Louise von Belgien. Aus Budapest wird telegraphiert: Der hiesige Rechtsanwalt der Prinzessin Louise von Belgien veröffentlichte eine Erklärung, wonach die privaten Verhältnisse und materielle Situation der Prinzessin in tendenziöser und entstellter Weise vor die Öffentlichkeit gerückt werden. Die betreffenden Zeitungsartikel mischten sich mit beispielloser Indiskretion in ihre Lebensweise. Die Prinzessin erklärt, sie werde auch in Zukunft dem Rechte nicht entsagen, frei und unabhängig über sich zu verfügen; sie wolle energisch jene zurück, die ihre friedliche Ruhe aus leicht erkennbarer Tendenz fortwährend stören. Die Situation der Prinzessin sei keineswegs eine solche, wie diejenigen wünschen, die in der letzten Zeit Artikel gegen sie veröffentlichten, und die Verhältnisse würden auch in Zukunft nicht solche werden, um ihre Gefühle und ihren Charakter zum Gegenstand eines Laichhandels machen zu können.

Der Schnurrbart Napoleons III. Der Theaterkritiker Adolphe Brisson hatte vor kurzem in einer Beschreibung des neuen Napoleon-Dramas „La Savelli“ behauptet, daß Napoleon III. fast ständig seinen schwarzen Schnurrbart „gestreichelt“ habe, selbst dann, wenn er Damen zu grüßen hatte. Diese Behauptung brachte Herrn Emile Faguet, Mitglied der Akademie und „auch Kritiker“, gewaltig in Harnisch; er setzte sich hin und richtete an Brisson, der ihn Onkel nennen darf, wie er schon den lieben alten Garçon Onkel nannte, folgenden ergeblichen Brief: „Mein lieber Onkel! Ich weiß nicht, ob Na-

poleon III., der fortwährend seinen Schnurrbart streichelte, weil er sehr schüchtern war, das Streicheln auch fortsetzte, wenn er Damen grüßte. Ich kann nicht recht daran glauben, denn der Kaiser besaß sehr vornehme Manieren. Aber was ich mit aller Bestimmtheit sagen kann, ist, daß er niemals seinen „schwarzen“ Schnurrbart streichelte — denn er hatte einen roten oder vielmehr gelblichen Schnurrbart. Ich bin meiner Sache ganz sicher, denn ich habe den Kaiser oft gesehen und einmal, im Jahre 1867, auf der Ausstellung, in so greifbarer Nähe, daß ich ihm familiär die Hand auf die Schulter hätte legen können. Und er streichelte seinen Schnurrbart. Und der war gelb. Auf Wiedersehen, lieber Onkel.“

Ein Millionär, der arm sterben will. Der mexikanische Adelsmann Don Pedro Alvarado, der vor einem Jahr allgemeine Aufregung durch das Anerbieten hervorrief, die Staatsschulden Mexikos zahlen zu wollen, verfiel der Amerikaner augenblicklich in noch größere Aufregung dadurch, daß er bei einem Einkommen von 2400000 Pfund Sterling jährlich den Beschluß gefaßt hat, untermittelt zu sterben. Nach langen Überlegungen beschloß Don Pedro Alvarado, der Regierung von Mexiko zwei Millionen Pfund Sterling für die Armen zur Verfügung zu stellen. Jeder Arme, der von der Regierung für würdig erachtet wird, soll eine kleine Farm und ein Haus erhalten oder die Mittel zur Einrichtung eines Geschäfts. Der Mexikaner will ferner Freischulen errichten. Für seine armen Verwandten hat der reiche Mann ein palastartiges Gebäude errichten lassen. Wer auch nur im entferntesten mit seiner Familie verwandt ist, findet in diesem Gebäude freundliche Aufnahme. Von Zeit zu Zeit fährt er die ganze Verwandtschaft in einem Extrazug spazieren. Don Pedro hat eine Abneigung gegen Dienerschaft. Er rasiert sich selbst, putzt seine Stiefel und lockt auch meistens sein Essen. Wenn ihm irgend etwas gefällt, so kauft er den Gegenstand im großen ein. Als er vor einiger Zeit eine neue Nähmaschine sah, die ihn interessierte, kaufte er 50 Maschinen und ließ in jedem Zimmer seines Hauses eine aufstellen.

Der „einzige Weg“ für einen Ehrenmann. Ein Verbrechen, das ein merkwürdiges Schlaglicht auf die Anschauungen der Gesellschaft in den amerikanischen Südstaaten wirft, wird aus New York berichtet. Mr. W. J. Bywaters, ein reicher Grund-

eigentümer, ein bekannter Sportsmann, Pferdezüchter und ein hochangesehenes Mitglied der virginischen Gesellschaft, wurde unmittelbar nach seiner Hochzeit mit Miss Viola Strother auf dem Landhof seiner Schwägerin und am Krankenbett seiner Frau von seinen zwei Schwägern erschossen. Die beiden Familien Strother und Bywaters und Viola Strother waren Jugendfreunde und nie hatte ein böser Ruf sich an die Beziehungen der Familien geheftet. Viola war ein sehr schönes Mädchen; sie hatte die sorgsamste Erziehung genossen, war eine ausgezeichnete Fechterin und fast an allen großen Wohltätigkeitsunternehmungen beteiligt. Vor einer Woche reiste sie nach Washington, angeblich um eine Freundin zu besuchen. Die Brüder, die ihre Schwester über alles liebten, hatten keinen Grund, irgend einen Verdacht zu schöpfen. Da erfuhren sie durch einen Zufall, daß sie dort mit Bywaters weile. Man stellte Nachforschungen an und schließlich konnte kein Zweifel mehr sein, daß Viola nach Washington gereist war, um sich mit Bywaters Hilfe einer strafbaren Operation zu unterziehen. Am Sonntag kehrte sie in einem furchtbaren Zustand nach Hause zurück. Angesichts der Tatsache gestand sie den Brüdern alles ein. Als einige Stunden später Bywaters seinen Besuch machen wollte, verschlossen nach seinem Eintritt die Brüder das Haus, forderten mit dem Revolver in der Hand Rechenschaft und erklärten Bywaters, daß sein Leben verwirrt sei. Die Schwester bat flehentlich, den Verführer heiraten zu dürfen. Einer der Brüder ging fort, einen Geistlichen zu holen, indes der andere Wache hielt. An dem Bett der Braut wurde dann die Zeremonie vollzogen. Nach der Trauung machte Bywaters den Versuch, der Wache der Brüder durch das Fenster zu entfliehen, aber die beiden waren auf der Hut, und von 11 Kugeln durchbohrt, fiel der junge Witte leblos zu Boden. Die Brüder haben sich dem Richter gestellt. Sie sagen aus, sie hätten den Betrug an ihrer Schwester gerächt, auf dem einzigen Weg, der einem Ehrenmann der Südstaaten bekannt sei. Man nimmt allgemein an, daß die Mörder freigesprochen werden. Die junge Witte befindet sich in einem höchst kritischen Zustand; es ist zweifelhaft, ob sie die schrecklichen Ereignisse überleben wird.

Die Reichstagswahlbewegung.

Alzey, 7. Januar. Der verfloßene Sonntag stand in hiesiger Gemeinde im Zeichen der Reichstagswahlbewegung. Vor einer tausendköpfigen Zuhörerschaft sprach Herr Reinhold Schmidt, der bisherige Vertreter des Wahlkreises Alzey-Bingen, über die Ursachen der Reichstagsauflösung, über die gegenwärtige Kolonialpolitik und andere besonders aktuelle Fragen. Gleichzeitig fanden am gestrigen Tage in hiesiger Stadt Versammlungen der nationalliberalen Partei und des Bundes der Landwirte statt. Die letztere Partei tagte schon am Vormittage und proklamierte einstimmig als Kandidaten Herrn Oekonom Philipp Keller aus Steinbühlheim. Die nationalliberale Partei beschloß in ihrer am Nachmittage stattgehabten Versammlung, für den Kandidaten des Bundes, Herrn Keller, ebenfalls einzutreten, nachdem sie dessen Programm durchgegangen und besprochen hatte.

Samburg, 7. Januar. Der Redakteur der sozialdemokratischen Zeitung „Samburger Echo“, Babersky, der wegen Beleidigung der Samburg-Polizei zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt worden ist, hat wegen der Reichstags- und Bürgerstagswahlen um Aufschub der Strafvollstreckung gebeten. Der Oberstaatsanwalt lehnte die Bitte ab und verfügte den sofortigen Straftat.

Düsseldorf, 7. Januar. Auch in Düsseldorf treten die Hirsch-Dunkerischen Gewerkschaften mit einer Sonderkandidatur auf. Sie haben ihren Sekretär Erkelenz als unabhängigen linksliberalen Kandidaten aufgestellt.

Dortmund, 7. Januar. Sowohl die Christlich-Sozialen, als auch die Freikümmige Volkspartei beschloßen, von Sonderkandidaten abzusehen und sofort im ersten Wahlgang den nationalliberalen Kandidaten, Rechtsanwalt Pörf, zu wählen.



* Wiesbaden, 8. Januar 1907.

Als der Kaiser am Neujahrstage

den amerikanischen Botschafter empfing, soll der Monarch sich über die deutsch-amerikanischen Tarifverhandlungen ausgesprochen haben. Demgegenüber ist nunmehr die „Nordd. Allg. Ztg.“ zu der Feststellung ermächtigt, daß sich der Kaiser über die Tarifverhandlungen weder mündlich noch schriftlich zu der Botschaft geäußert hat. — In der Neujahransprache des Kaisers an die kommandierenden Generale hat der Kaiser befohlen, daß die diesjährigen Kaisermanden in den Tagen vom 9. — 13. September zwischen dem 7. (westfälischen) und dem 10. (hannoverschen) Armeekorps in der Gegend östlich von Münster i. W. stattfinden. Die Kaiserparade des 7. Korps soll voraussichtlich am 5. September unweit Münster i. W. abgehalten werden.

Der Lordmajor bei Kaiser Wilhelm.

Man meldet uns aus Berlin: Der Lordmajor von London, Sir William Crelor, wird demnächst, wie die „B. Z.“ meldet, mit seinem gesamten Stabe in Berlin eintreffen. Der Lordmajor war seinerzeit, als der Kaiser seine Palastinsafahrt unternahm, in Palästina mit dem Monarchen zusammengetroffen und von ihm zu Gaste geladen worden. Wie verlautet, soll der Lordmajor bei seinem Berliner Besuch vom Kaiser und vom Oberbürgermeister empfangen werden.

Was die Beamten vom Abgeordnetenhaus erwarten.

nachdem es jetzt wieder zu tagen beginnt, ist oben eine Revision der Beamtengehälter. Das Wohnungsgeld für Unterbeamte wurde schon in letzter Tagung erhöht. Inzwischen sind nun alle Lebensbedürfnisse weiter gestiegen und es ist in allgemeines Sinken der Preise nicht zu erwarten. Die Folge davon ist, daß ganze Beamtenkategorien tatsächlich weniger verdienen, da es nicht mehr möglich ist, mit Gehältern von 900 bis 1200 M eine Familie zu erhalten. Aber auch bei den besser bezahlten Beamten ist das Mißverhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben ein derartiges geworden, daß die Dienstverpflichtung unter schweren Nahrungsorgen leiden muß, während andererseits die Anforderungen des Dienstes ständig steigen. Es sei nur auf den vermehrten Verkehr der Eisenbahnen verwiesen, dem eine entsprechende Vermehrung des Beamtenapparates nicht gegenübersteht, so daß eine starke Mehrbelastung des Einzelnen unausweichlich ist. Die Minister haben sich ihrerseits eine sehr anständige Repräsentationszulage bewilligen lassen, sie werden auch nicht bestreiten können, daß für ihre Untergebenen das gleiche Bedürfnis nach Aufbesserung vorhanden ist. Der Finanzminister wird nicht umhin können, sich zu dieser dringenden Frage bereits in seiner Etatrede zu äußern. Es handelt sich dabei aber nicht allein um reine Gehaltsfragen, man wird auch die Aufzählungsgesetze gleichmäßiger als bisher gestalten müssen. So erreichen einzelne Beamtenkategorien das Höchstgehalt bereits in zwölf Jahren, andere in 15, 18, ja erst in 21 Jahren. Ebenso ist es notwendig, die Diätarzette möglichst abzulösen und die Hilfsbeamtenzeit bei der Pension in Anrechnung zu bringen, da der jetzige Zustand große Ungerechtigkeiten enthält. Man wird dabei auch erfahren, wie der neue Gehaltsplan in Minister sich zu sozialpolitischen Fragen seines Ressorts verhält und ob er die Forderung durchführt, die sein Amtsvorgänger noch in Aussicht gestellt hat. Besonders bedarf die Frage des Nachdienstes, der Dienst- und Ruhezeit, sowie des Erholungsurlaubes einer zeitgemäßen Regelung.

„Männer, die sich Riesengeschenke machen lassen.“

Der am Sonntag vor zwei Wiesbadener Versammlungen aufgetretene Herr Erzberger ist bekanntlich vom Gouverneur a. D. Bennigsen verklagt worden. Bennigsen erklärt sich hierüber jetzt in der „B. Z.“ u. a. bezieht sich Herr v. Bennigsen auf folgenden Satz der Erzbergerischen Schrift über koloniale Konzessionen und Gründungen: „Wer aber steckt hinter solchen Gesellschaften? Etwa Gegner der Kolonie? Gewiß nicht; sondern lauter gute Kolonialschwärmer! Es sind ganz bekannte konservative und nationalliberale Männer, die sich solche Riesengeschenke machen ließen. Wir wollen hier nur einige Namen nennen, die im Reichstage und in der Landkommission genannt wurden... der Sohn des nationalliberalen Abgeordneten „Gouverneur a. D. v. Bennigsen.“ Demgegenüber erklärt Bennigsen, daß er sich niemals um eine koloniale Konzession beprochen, niemals aus einer derartigen Gründung Gewinn bezogen habe und seinem Aufsichtsrat einer kolonialen Gesellschaft angehört. Aus dem Vorstand der Deutschen Kolonialgesellschaft für Südwestafrika sei er ausgeschieden infolge von Zwistigkeiten, zu denen einen wesentlichen Teil seine konsequente Vertretung des Standpunktes beitrug, daß diese Gesellschaft ihrer Geschichte und ihrem Charakter nach neben ihren eigenen auch die allgemeinen Interessen der Kolonie wahrnehmen und Unternehmungen betreiben müsse, durch die wirtschaftliche Werte geschaffen werden. Aus seiner Ansicht über koloniale Konzessionsjäger habe er nie ein Wort gemacht. Erzberger hätte leicht die Wahrheit über ihn erfahren können.

Jetzt hat Herr Erzberger wieder das Wort!

Die 50 Mark vom Automobilfahrenden König „nicht genug“?

Nach einer Begegnung mit dem Automobil des sächsischen Königs, der zur Jagd fuhr, fand ein Mann aus dem Volke dadurch den Tod, daß seine Pferde scheuten. Der Verunglückte soll der Hauptnährer seiner verwitweten Mutter gewesen sein, welche sieben uneheliche Kinder hat. Der König hat zu seinem tiefen Leidwesen von dem Ausgang erfahren. Vom Hofmarschallamt ist der schwer vom Schicksal getroffenen Mutter für mehrere Jahre eine monatliche Unterstützung von 50 Mark angeboten worden. Die Frau soll sich jedoch gegenüber diesem Angebot ablehnend verhalten haben und ein Teil der Presse nimmt den Fall zum Anlaß, um zu fragen: „Wer vermag einer deutschen Mutter ihren Sohn zu ersetzen?“ Dieser Darstellung und Auffassung gegenüber bringt soeben das „Leipz. Tagbl.“ eine telegraphische Entgegnung. Es teilt mit, daß der Führer des königlichen Automobils laut staatsanwaltlicher Untersuchung und Beurkundung von Zeugen kein Verschulden treffe und die Geldunterstützung vom Hofmarschallamt aus eine freiwillige, also lediglich der Teilnahme entsprungen sei. Nach den tatsächlichen Verhältnissen sei das Ereignis anders verlaufen, und zwar wie folgt: Der König begab sich am 15. Dezember mit einigen Herren des königlichen Dienstes von Dresden aus per Automobil zur Jagd zum Kammerherrn Grafen Rer auf Zehista bei Borna. In der Nähe der Biegelei von Zehista, wo das Automobil wegen einer nahenden Kurve in mäßigem Tempo fuhr, scheuten die Pferde eines Geschirrs der Gebrüder Rede aus dem benachbarten Hörnerdorf, das sich auf einem Nebenwege der Straße in weiter Entfernung befand, so daß sich der ältere Bruder der beiden Rede veranlaßt sah, von dem Wagen herabzu springen, um die Tiere zu beruhigen. Hierbei wurde er leider von den Pferden eine längere Strecke erschleift, getreten und dabei schwer verletzt. Die Insassen des Automobils haben von dem Unfall zunächst kaum etwas wahrgenommen. Der verunglückte Rede wurde von seinem Bruder nach dem Johanniterkrankenhaus gebracht, wo er anderen Tages dem erlittenen Verletzungen erlag. Der König, der — als er von dem Unfall Kenntnis erhielt — über denselben die eingehendsten Erkundigungen durch Amtshauptmann Dr. Mehnert einziehen ließ, bekundete die rege Anteilnahme an dem Unfall und hat der Mutter des Verunglückten, die mit ihrem Sohne eine Wirtschaft führte, für mehrere Jahre eine Unterstützung zugesichert.

Täglich 2000 neue Einwanderer

Kommen aus Europa nach Amerika. Die Auswanderung aus Europa weist eine ungeheure Zunahme auf. In den Jahren 1860 bis 1880 hatte sie ungefähr 300 000 bis 350 000 Personen jährlich betragen, heute übersteigt sie eine Million. Nach der Statistik der europäischen Häfen haben sich zu Beginn des neueren Jahrhunderts in jedem Jahre 1 100 000 oder 1 200 000 Auswanderer eingeschifft. Dazu kommt noch eine erhebliche Zahl von Russen, die nach Sibirien auswandern. Im Jahre 1900 zählte man 160 000 solcher Leute. Die Statistik der überseeischen Häfen lehrt, daß die Zahl der europäischen Einwanderer in den Vereinigten Staaten im Jahre 1904 760 000 Personen, d. h. im Mittel 2000 Personen täglich, betrug. Bezüglich der verschiedenen Nationalitäten, die sich in erster Reihe an der Auswanderung beteiligen, macht der „Cosmos“ folgende Angaben: Während sich die englische und skandinavische Auswanderung ziemlich auf gleicher Höhe hält, hat die deutsche erheblich abgenommen. In den Jahren 1870 bis 1890 gab es in jedem Jahre mehr als 100 000 deutsche Auswanderer. Der Höhepunkt wurde 1881 mit 221 000 Personen erreicht; seit 1893 hat sie sich merklich verringert und betrug in den letzten Jahren nicht mehr als 25 000 Personen im Jahre. Wahrscheinlich gibt der Aufschwung der deutschen Industrie und das Werk der inneren Kolonisation die Erklärung dafür.

Raisuli soll „verhaftet“ sein.

Uns gehen heute folgende weitere Depeschen zu: Mehrere Madrider Blätter bringen die bestimmte Nachricht, daß Raisuli von den Leuten des Stammes Madras verhaftet ist. In einer Meldung aus Tanger heißt es, daß der Stamm der Udrak mit dem Stamm über seine Unterwerfung verhandle. Man glaubt, der Stamm hätte sich dazu entschlos-

sen, um nicht durch die Mahalle gebrandschatzt und geplündert zu werden. Raisuli soll sich bei diesem Stamme befinden. Nach einer anderen Meldung soll sich Raisuli zu dem Marabut von Abdolaleh geflüchtet haben. Soldaten der benachbarten Stämme plündern noch immer in Binat und schleppen Tade mit Korn usw. fort. — (Raisuli soll sich dort und dort befinden. ... Die schierischen Sieger! Ein gar prächtig Bild! Die Triumphtore, die stolz erhobenen Hauptes als Siegesbeute eine taube Kuh heimzuschleppen. D. Red.)

Deutschland.

Berlin, 7. Januar. Als Vorlagen, die dem Landtage sofort nach seinem Zusammentritt oder im Laufe der Session zugehen sollen, werden bis jetzt genannt: Die Novelle zum Vergesetz, Novelle zum Fischereigesetz, Staatsvertrag mit Preußen wegen Regelung der Unterwerfer, Jagdgesetz, Sparfahrgesetz, Gesetz betreffend Verunstaltung von Städten und landschaftlich hervorragenden Gegenden, Wander-Arbeitsstätten-Gesetz etc.

Berlin, 7. Januar. Die Nordd. Allg. Ztg. stellt gegenüber einer gegenteiligen Meldung fest, daß die vom Oberst v. Deimling an den Generalstab gerichtete Meldung über die Unterwerfung der Bondelez waris, darunter 120 Männer mit 105 kleinfalbrigen Gewehren, am 24. Dezember, 4 Uhr nachmittags, in Reimannshoop abgegangen und in Berlin am folgenden Tage, mittags 12½ Uhr, eingetroffen ist und alsbald veröffentlicht wurde.

Samburg, 7. Januar. Die Quaiarbeiter der Börmann-Vinie und die Dockarbeiter der Samburg-Amerika-Vinie traten in eine Lohnbewegung ein.

Samburg, 8. Januar. Die Schornsteinfegergehilfen stellten die Arbeit ein, weil eine von ihnen geforderte Lohn-erhöhung von der Innung abgelehnt wurde, obgleich die Branddirektion die Gefellenforderung für berechtigt erklärt hatte.

Ausland.

Odesa, 7. Januar. Im hiesigen Gefängnisse sind Unruhen ausgebrochen. Die Gefangenen inszenierten den Hungerstreik.

Petersburg, 7. Januar. Wie verlautet, erhielt der Statthalter von Moskau, Reinbott, eine Berufung zum Zaren. Man bringt diese Berufung mit dessen in Aussicht genommener Ernennung zum Stadthauptmann von Petersburg in Zusammenhang.

Newyork, 8. Januar. Aus Washington wird hierher telegraphiert, Präsident Roosevelt werde auf Grund der Verhandlungen der Tarifkommission eine Vorlage über das geplante Zollvereinbahren mit Deutschland nach dem gegenwärtigen Kongresse vorlegen.

Thronrede zur Eröffnung des Preussischen Landtags.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 8. Januar 1907.

Die bei der Eröffnung des preussischen Landtags vom Reichkanzler Fürsten Bismarck verlesene Thronrede sagt:

Die Finanzlage hat sich fortgesetzt günstig gestaltet. Entsprechend den gesteigerten Einnahmen sind für fast alle Zweige der Staatsverwaltung größere Mehraufwendungen in Aussicht genommen. Die Gehaltsaufbesserungen für mehrere Klassen der mittleren und unteren Beamten des Außendienstes sind vorgelesen. Die geringer besoldeten Unterbeamten erhalten eine einmalige und außerordentliche Unterstützung zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse der staatlichen Arbeiter und der gering besoldeten Beamten werden wiederum besondere Mittel erbeten.

Die Thronrede kündigt Vorlagen zur Aufbesserung der Bezüge der pensionierten Beamten und der Hinterbliebenen verstorbener Beamten an; ferner für den zweigleisigen Ausbau verkehrsbereicher Bahnstrecken, sowie für die Unterstützung der Kleinbahn-Unternehmungen, soeben betreffend die Abänderung der Vorschriften des Vergesetzes, insbesondere sollte die Gewinnung der Steinkohle und der Salze dem Staate vorbehalten werden.

Die Rede fährt fort:

Die gegenwärtige Lage in den östlichen Provinzen beweist deutlich, daß Preußens geschichtliche Aufgabe der Stärkung des Deutschums in diesem Lande viele ernste Anstrengungen erfordern. Die Staatsregierung hält eine kraftvolle, energische Durchführung der eingeleiteten staatlichen Maßnahmen für unbedingt notwendig und wird eine entsprechende Gesetzesvorlage unterbreiten. In ernster Zeit nimmt der Landtag seine Arbeit wieder auf und umso unerschütterlicher vertraut die Staatsregierung auf die Unterstützung des Landtages.

Die Polen werden bei dieser Thronrede die Augen aufreißten. Der Geduldsfaden ist gerissen — die Regierung will jetzt „ganze Sache“ machen, sie setzt die Maschine der preussischen Legislative in Bewegung. Aber auch in anderer Hinsicht schlägt die Thronrede einen besonders ernsten Ton an. Mit der größten Spannung hat man diesmal in Beamtenkreisen den Ankündigung beim Landtagsbeginn entgegengelesen. Ein schwieriges, aber dringliches Arbeitsmaterial erhalten die Herren Abgeordneten vorgelegt. Es gilt sowohl in der allgemeinen Gehaltsregelung, als auch vorübergehend angehängt der Teuerung das Maß der Gerechtigkeit gewissenhaft und sachkundig anzulegen. Freilich fehlt auch der Lichtblick nicht in der Thronrede — die schöne Redewendung von den verbesserten Finanzen. Aber die angenehme Tatsache wirkt nur als Beruhigungspille, denn die Abgeordneten werden in dieser Tagung eine große Summe neuer Aufwendungen zu bewilligen haben. Und zum großen Teile notgedrungen!



Letzte Telegramme

Lange nicht dagewesenes Reichstagswahl-Interesse.

Berlin, 8. Januar. Das Interesse an den bevorstehenden Reichstagswahlen ist seit Jahren nicht so groß gewesen, wie in diesem. Das beweist am besten der zahlreiche Besuch der politischen Versammlungen, die Angebote von Personen zur Mitarbeit, besonders aber die Einsichtnahme der ausgelegten Wählerlisten. Die in Berlin ausgelegten Wählerlisten sind dieses Mal von etwa 207 000 Personen eingesehen worden, von denen 8700 Einspruch erhoben haben.

Der Kaiser und das Dorf Lunow.

Stettin, 8. Januar. Der Kaiser verließ dem Vorsteher des pommerischen Dorfes Lunow das Allgemeine Ehrenzeichen mit dem ausdrücklichen Wunsch, es als Auszeichnung der ganzen Gemeinde zu betrachten und in diesem Sinne zu tragen. Die Gemeinde war bereits von König Friedrich Wilhelm III. für ihre vor 100 Jahren bewiesene patriotische Gesinnung mit dem Zivil-Ehrenzeichen 1. Klasse bedacht worden.

Versuchsfahrt gelungen.

Paris, 8. Januar. Der bekannte Luftschiffer Graf Paul unternahm gestern nachmittag mit seinem von ihm erbauten lenkbaren Luftschiffe in Carrouville die erste Versuchsfahrt, die vollständig gelang.

Polizeibeamte, die in die Deftlichkeit flüchten.

Tours, 8. Januar. Polizeibeamte, die sich zu einer freundschaftlichen Vereinigung zusammengeschlossen hatten, erhoben verschiedene Beschwerden durch öffentlichen Anschlag. Gendarmerie besetzte die Polizeibureau. Etwa 50 Polizisten sind entlassen worden.

Prinz und Prinzessin auf der Bühne.

London, 8. Januar. Prinz und Prinzessin von Proglie traten gestern im Lyceum auf. Die Prinzessin sang vier Lieder und das Publikum applaudierte stürmisch. Auch der Prinz war Gegenstand von Sympathieausdrücken. Er zeigte sich sehr ungehalten, als ihm der Vortritt des Prießers vorgehalten wurde, welchen sein Vater in französischen Blättern veröffentlicht und worin sein Sohn ersucht wird, seine Braut zu verlassen. Der Prinz gedenkt in London festen Wohnsitz zu nehmen und mit seiner Frau Gastspiele in Paris und Berlin zu unternehmen.

Sader zwischen Italien und der Schweiz.

Rom, 8. Januar. Nach einem Telegramm aus Bellinzona ist ein Konflikt zwischen Italien und der Schweiz wegen des Simplon-Tunnels ausgebrochen. Die Schweizerische Regierung will die ausschließliche Kontrolle über den Tunnel, während Italien seinerseits einen Teil dieser Kontrolle für sich beansprucht. Die Verhandlungen werden fortgesetzt.

Breslau, 8. Januar. Das Jubiläum des Kardinals Kopp wurde gestern mit einem Fackelzug eröffnet, an dem mehrere Tausend Personen teilnahmen. Der Abgeordnete Justizrat Porich hielt an den Jubilar eine Ansprache, worauf dieser mit bewegten Worten des Dankes erwiderte.

London, 8. Januar. Die Admiralität dementiert die Nachricht, daß sie beschlossen hätte, die Zahl der Kriegsschiffe zu vermindern.

Belgrad, 8. Januar. In Kreisen der serbischen Diplomatie hält man die Gerüchte über eine bevorstehende Dynastiekrise in Serbien nach wie vor als unbegründet.

Todes-Anzeige.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß unser guter, treuer, fürsorgender Vater,

Herr Philipp Roth

plötzlich und unerwartet verschieden ist.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Frau Karoline Roth.

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 10. Januar 1907, nachmittags 4 Uhr vor dem Leichenhause des alten Friedhofes aus statt. 7498

Wiesbadener Beerdigungs-Institut,

Fritz & Müller,

Schulgasse 7 2053

Telephon 2675. Telephon 2676.
Reichhaltiges Lager in Holz u. Metall
särgen aller Art. Kompl. Ausstattungen
Privater Leichenwagen. Billige Preise.
Lieferanten des Beamten-Verein

Beerdigungs-Institut

von

Heinrich Becker.

Saalgasse 24/26. Telephon 2861.
Gegründet 1883. 4060

Bekanntmachung.
Die Herren Stadtverordneten werden auf
Freitag, den 11. Januar l. J.,
nachmittags 4 Uhr,
in den Bürgeraal des Rathhauses zur Sitzung ergebnis
eingeladen.

Tagesordnung:

1. Vorschläge zur Deckung des Defizits für 1907. Ver. d. verstärkten F.-A.
2. Obligatorische Auktare. Ver. d. verstärkten F.-A.
3. Bewertung des Paulinenschloßchen-Geländes. Ver. F.-A.
4. Bewilligung von 1250 M. zur Veranstaltung von Meisterkursen. Ver. F.-A.
5. Vertrag mit der Firma „Kurhaus Bad Aroltal“ über Geländeaustausch an der westlichen Aroltalstraße. Ver. F.-A.
6. Verkauf einer Feldwegfläche an der Johannisbergerstraße. Ver. F.-A.
7. Uebernahme der Beiträge für die Nass. Lehrer-Witwen- und Waisen-Kasse. Ver. F.-A.
8. Gewährung einer Jubiläumsgabe an die Paulinenstiftung anlässlich ihrer 50-jährigen Tätigkeit in Wiesbaden. Ver. F.-A.
9. Bewilligung einer Zuwendung an das Wächnerinnen-Asyl. Ver. B.-A.
10. Aufbesserung der Befoldungsverhältnisse der städt. Beamten und Bediensteten. Ver. d. vereinigten F. und Org.-A.
11. Begriff des Organisations-Ausschusses über
 - a. Neuerrichtung von Beamtenstellen,
 - b. Gewährung von außerordentl. Gehaltszulagen
 - c. Umwandlung von Assistentenstellen in Sekretärstellen bei der Hochbaudeputation, dem Kanalbauamt, der Steuer- und der Armenverwaltung.
 - d. Umwandlung von 2 Kassassistentenstellen in Buchhalterstellen bei der Stadthauptkasse.
 - e. Erhöhung der Mietentschädigung für den städt. Schulinspektor,
 - f. Gewährung freier Wohnung an den städt. Branddirektor,
 - g. Festsetzung des Anfangsgehaltes für den zum Vertreter des Oberingenieurs Grensch ernannten Ingenieur Vogel,
 - h. Anrechnung von weiteren Dienstjahren des Altkassassistenten Kiehl,
 - i. Anderweitige Regelung der Befoldungen der Tierärzte am städt. Schlachthaus.
12. Abänderung der Polizeiverordnung vom 27. 6. 04, die Benutzung der Leichenhallen der städt. Friedhöfe betreffend. Ver. Org.-A.
13. Fortgewährung der Entschädigung für die örtliche Bauleitung des neuen Kurhauses auf weitere 5 Monate bis 31. 5. 07. Ver. B.-A.
14. Herstellung der elektrischen Beleuchtungsanlage in dem Kurhausgebäude. Ver. B.-A.
15. Bewilligung von 12485 M. für die Herstellung von Futterwägen auf dem Krankenhausgelände. Ver. B.-A.
16. Errichtung einer Bedürfnisanstalt im reservierten Kurgarten. Ver. B.-A.
17. Desgl. an der Parkstraße, Ecke Chaisseweg. Ver. B.-A.
18. Bewilligung von 45000 M. zur Beschaffung von Teppichen für das neue Kurhaus. Ver. B.-A.
19. Wahl eines Schiedsmanns für den VI. Bezirk. Ver. Wahl.-A.
20. Neuwahl eines Armenpflegers.
21. Ein an die Stadtverordneten-Versammlung gerichteter Bericht um Befestigung der Brühlstraße von der Dohrimerstraße bis zur Rheinstraße mit Stampfasphalt.
22. Genehmigung einer Abänderung des Gebühren tariffs für die städt. Schlachthof- u. Viehhofanlage vom 7. 1. 05.
23. Entwurf zu einem Ausschreiben für die Beschaffung eines neuen Kriegerdenkmals.
24. Antrag auf Bewilligung von 1000 M. für die Beschaffung der diesjährigen Hygiene-Ausstellung in Berlin.
25. Magistratsvorlage betr. die veränderte Fassung der Grundsteuerordnung der Stadtgemeinde Wiesbaden.
26. Bewilligung von im Etat nicht vorgesehene Reliktengeld für die Hinterbliebenen des Direktors der Realschule Dr. Klein.
27. Antrag des Magistrats auf Gewährung eines einmaligen Zuschusses von 1000 M. an den Vaterländischen Frauenverein zu den Baukosten der Walderholungsstätte.
28. Magistratsvorlage betr. Ausführung v. Erdarbeiten zur Erweiterung des Schulhofes der Gutenbergschule.
29. Desgl. betr. Erhöhung der Mietentschädigung und der Alterszulagen für das Lehrpersonal
 - a. Der städt. Volks- und Mittelschulen,
 - b. der städt. höheren Schulen,
30. Aufbesserung der Befoldungsverhältnisse der Mitglieder des Kurorchesters.
31. Abkommen mit der Firma Gebr. Haberstock wegen Abtretung von Gelände zur Erweiterung des Michelberg und der Goulinstraße.
32. Anhörung der Stadtverordneten-Versammlung, betreffs Anstellung der Militärantenwärtter Eichentopf, Brandt, Färch und Peise als Bureauassistenten.
33. Neuwahl des Stadtverordneten-Vorstehers und des Schriftführers, sowie je eines Stellvertreters auf die Dauer von 2 Jahren (1907 und 1908) gemäß § 41 der Städteordnung.
34. Neuwahl des Wahlausschusses für das Jahr 1907 und Beauftragung desselben bis zur nächsten Sitzung Vorschläge zu machen für die Wahl.
35. Ergänzungswahl der Deputationen und Kommissionen. Wiesbaden, den 7. Januar 1907.

Der Vorsitzende
der Stadtverordneten-Versammlung.

Im
Monat Januar
findet bei
Guggenheim & Marx

in
Wiesbaden
Marktstraße 14, am Schloßplatz
Telephon 3502

jeden
Mittwoch

ein
!! Extra-Verkauf !!

in
**fertiger Wäsche u.
fertigen Schürzen**
statt, zu solch niedrigen Preisen, die
jedem Käufer erspart werden.

Es kommt auf

!! Extra-Tischen !!

zum Verkauf:

Circa 300 St.
Weisse Damenhemden St. 95 Pf.

Circa 400 St.
Weisse Damenhemden
in div. la, fa. Qualitäten, sehr solid
gearbeitet, etwas angeschmückt, früher
bis zu M. 2.50
Heute jedes Stück M. 1.35

100 St.
Damen-Nachthemden
reich mit Spitze oder Stickerie garniert,
etwas trüb geworden
statt M. 3.50 nur M. 2. — das Stück.

Circa 300 St.
Nacht-Jacken
in div. besseren Qualitäten
etwas angeschmückt zu
statt M. 2.00.

300 St.
Weisse Damen-Beinkleider
bedeutend unter Preis
Stück 75 Pf.

Mädchen-Hemden in allen Größen.

Knaben-Hemden in allen Größen.

Knaben-Hemden
25% unter Preis.

In
Schürzen
bieten wir erhebliche
!! Vorteile !!

Circa 600 St.
Kinder-Schürzen von 25 Pf. an

200 St.
Reform-Schürzen von M. 1. — an

300 St.
schwarze Schürzen

ohne Träger Stück 1.15

250 St. schwarze
Träger-Schürzen à M. 1.45

400 St. farbige
Haus-Schürzen zu 75 Pf.

300 St. waschechte
Träger-Schürzen zu 95 Pf.

500 St.
Fier-Schürzen von 20 Pf. an.

!! Große Kaufgelegenheit !!

7499



In Marchands Saison-Kehraus

werden heute und morgen

Sämtliche Federboas

„ **seid. Unterröcke** „
„ **Tuch-** „
„ **Alpacca-** „

**zu jedem annehmbaren Preis
abgegeben.**

Verkauf nur gegen bar.

7491

Öffentliche Versteigerung.

Mittwoch, den 9. Januar d. J. nachmittags 3 Uhr,
werden in dem Bismarck-Kirchsaal 23:
1 Kleiderschrank, 1 Bücherregal, 1 Büfett, 1 Vertigo, 1 Kommode,
1 Schreibtisch, 3 versch. Tische, 1 Teppich, 1 Divan, 1 Sofa,
1 Standuhr, 25 div. Kleiderstücke, 5 Säcke Malzkeffe, 11 Kisten
Kleiderstoffe
gegen bare Zahlung öffentlich zwangsweise versteigert.
Wiesbaden, den 8. Januar 1907. 7512
Habermann, Gerichtsvollzieher.

Versteigerung.

Heute Mittwoch, den 9. Januar, vormittags
9 1/2, und nachmittags 2 1/2 Uhr beginnend, läßt
Herr **Karl Heidemann** wegen vollständiger Ge-
schäfts-Auflage in meinem Versteigerungssaal

Schwalbacherstr. 25

nachbezeichnete Warenbestände als:

**Kleider, Hut, Paar, Gläser, Kofett- und
Wischbürsten, Möbelbürsten, Wurzel-
Streich- und Abziehbürsten, Pinsel, Pfaffen-
besen, Handbesen und Kinderbesen, —
Schwämme, Fensterputzer, — Federwedel,
Pferde-Kardätschen, Kämme, Seife, Parfüm,
Klopper**

freiwillig meistbietend gegen Barzahlung versteigern.
Besichtigung am Tage der Auktion.

Georg Jäger.

Auktionator u. Taxator.
Schwalbacherstraße 25.

Mitglieder-Versammlung

in Wiesbaden
im kleinen Saale des „Kaiserfaales“, Dogheimstraße,
am Mittwoch, den 9. Januar 1907,
abends 9 Uhr.

Tagesordnung:

1. Der Handwerkerstand als Säule des Vaterlandes und
seine Ziele.
2. Unsere Versammlung im „Kaiserfaale“ vom 9. Nov. 1906
und die dabei gefasste Resolution an Herrn Reichs-
und Landtagsabgeordneten Kommerzienrat Ed. Baßling.
3. Unsere Stellungnahme zur deutschen Reformpartei und
Schaffung eines Provinzial-Verbandes für Hessen-Nassau.
4. Aufnahme neuer Mitglieder.
5. Vorstandsberichterstattung.
6. Unsere Stellungnahme zur bevorstehenden
Reichstagswahl.

Wir laden alle Mitglieder sowie Interessenten unserer
Sache ergebenst ein. 7510

Der engere Vorstand
der Wirtschaftlichen Volkspartei für Nassau.

Bekanntmachung.

Auf der städtischen Kläranlage bei der ehemaligen
Spelmühle kann fortwährend
kompostierter Dünger
unentgeltlich abgehoben werden.
Wiesbaden, den 7. Januar 1907. 7496
Städtisches Kanalbauamt.

Auszug aus den Civilstands-Registern

der Stadt Wiesbaden vom 8. Januar 1907.

Geboren: Am 5. Januar dem Rgl. Oberleutnant
Eugen Bergandly e. L., Leonore Ruth Johanna. — Am 2.
Januar dem Grundarbeiter August Feith e. S., Christian
Wilhelm. — Am 31. Dezember dem Briefträger Wilhelm
Spies e. L., Maria. — Am 2. Januar dem Gutsmacherge-
hilfen Karl Renner Zwillinge, Gertrud und Parola. — Am
4. Januar dem Oberförster Arthur Vefils in Caub e. S.,
Hans-Werner Hubert. — Am 3. Januar dem Fabrikarbeiter
Karl Plümacher e. S., Wilhelm. — Am 2. Januar dem Tag-
elöhner Wilhelm Bauer e. S., Wilhelm Adolf. — Am 2. Ja-
nuar dem Herrnschneider Gustav Thomeh e. S., Emil Erwin.
— Am 3. Januar dem Spenglergehilfen Georg Alor e. S.,
Friedrich Karl. — Am 2. Januar dem Restaurateur Wilhelm
Aleg e. S., Karl.

Aufgeboren: Eisenbahn-Giltschaffner Anton
Dehm in Nievern mit Katharine Fey in Welschendorf. —
Oberlehrer Johann Wolfgang Jädel hier mit Ingeborg
Schaaß hier. — Bankier Bruno Hochheimer in Mainz mit
Olga Clossmann hier. — Rgl. Schauspieler Karl Weintig hier
mit Antonie Bedel hier. — Eisenbahnschaffner Johann
Hilf hier mit der Witwe Elise Scholl geb. Henne in Frank-
furt a. M. — Tagelöhner Josef Krah hier mit der Witwe
Vertraud Meyer geb. Köppler hier. — Chemiker Dr. phil.
Walter Frobenius in Remwid mit Ella Florshüh hier. —
Schreiner Anton Weber hier mit Leonore Rubin hier. —
Lehrer Philipp Göpp hier mit Nina Kne in Niebrich. —
Tischergehilfe Peter Altheimer hier mit Johanna Arnold
hier. — Kutcher Johann Schöller hier mit Rosa Dienstbach
hier. Maurer Ernst Klein in Wülfens mit Johanne Dina
Diehl in Steinfischbach. — Maurer August Berger in Halbs
mit Johanna Wenzelmann das. — Bäcker und Konditor Karl
Hermann in Bonn mit Hilde Rosenthal hier.

Verheiratet: Rgl. Hauptmann Eberhard von Ja-
wadsky in Krotoschin mit Edith Krossa hier.

Gestorben: Am 5. Januar Rentner Jakob Wein-
gärtner, 61 J. — 6. Januar Kaufmann Christian Kollstadt,
46 J. — 5. Januar Elisabeth Krebs, Witwe des Schreiner-
meisters Peter Kilian, 62 J. — 6. Januar Elly, T. des Wö-
belpaders Jakob Bücher, 9 M. — 6. Januar Marie geb.
Spitz, Ehefrau des Tagelöhners Heinrich Diefenbach, 64 J. —
6. Januar Fahrradhändler Emil Blüsch, 30 J. — 6. Ja-
nuar Anna geb. Glasberger, Witwe des Rentners Wilhelm
Bernet, 84 J. — 6. Januar Karl, S. des Fabrikarbeiters
Mathias Häring, 4 M. — 6. Januar Fuhrmann Heinrich
Jakob Maus, 58 J. — 5. Januar Stickerin Anna Maria
Maus, 29. — 7. Januar Elisabeth, T. des Eisenbahn-
schaffners Georg Hergenbach, 1 J. — 6. Januar Gertrude
Kropp, ohne Beruf, 16 J. — 7. Januar Bureaudiener am
Stadtbauamt Philipp Roth, 45 J.

Königliches Standesamt.

Conrad H. Schiffer, Hofphotograph, Taunusstr. 24,
Atelier für künstlerische Porträts u. Vergrößerungen. 3993



Vogel-Schutz-Verein Kanaria

versteigert am Mittwoch, den 9., mittags
5 Uhr, im Hotel „Union“, Neugasse 7, 25
Stück Kanarienhähne. 7490

Bekanntmachung.

Mittwoch, den 9. Januar 1907, mittags
12 Uhr, versteigere ich im Versteigerungssaale, Bleich-
straße 5 hier:

2 Klaviere, 2 kompl. Betten, 1 Warenschrank,
1 Kassetenschrank, 1 Spiegelschrank, 2 Tische und 10
Stühle, 1 Sekretär, 1 Konsole, 1 Bank, 3 Sessel,
2 Sofas und 4 Sessel, 1 Vertigo, 2 Spiegel,
1 Ofenschirm, 5 Tische, 1 Blumentisch, 1 Bronzenuhr,
1 Waschkommode, 1 Flurtoilette, 1 Wandbrett mit
3 Bronzefiguren, 1 Smyrna-Teppich

öffentlich meistbietend zwangsweise gegen Barzahlung. 7508

Meyer, Gerichtsvollzieher.

Bekanntmachung

Gemäß § 25 der Wehrordnung haben sich zur Aus-
stellung der Stammtafeln in der Zeit vom 15. Januar bis
1. Februar d. J. auf der hiesigen Bürgermeisterei zu
melden:

Alle im Jahre 1887 innerhalb des Gemeindebezirks
geborene Militärpflichtigen.

Alle diejenigen Militärpflichtigen der Jahrgänge 1885
und 1886, über welche die Ersatzkommission noch nicht ent-
gültig entschieden hat. Dieselben haben bei der Anmeldung
ihre Lösungsscheine vorzulegen.

Alle diejenigen Militärpflichtigen aus den Jahrgängen
1883, 1886 und 1887, welche, ohne hier selbst geboren zu
sein, sich hier aufhalten.

Dieselben haben entweder ihre Lösungsscheine oder ein
Geburtszeugnis aus der Geburtskommune vorzulegen.

Wer die vorgeschriebene Meldung zur Stammtafel
innerhalb der vorbezeichneten Zeit unterläßt, wird mit Geld-
strafe bis zu 30 Mark im Unvermögensfalle mit Haft bis
zu drei Tagen bestraft. 3228

Rambach, den 7. Januar 1907.

Der Bürgermeister:
Rorach.

Zwangsversteigerung.

Das den Eheleuten Bauunternehmer Karl Heinrich
Franz Schrämm und Marie geb. Frenke von hier
gehörige Wohn- u. Geschäftshaus Goldgasse Nr. 13
wird am

4. Februar 1907, vormittags 11 Uhr
durch das unterzeichnete Gericht an Gerichtsstelle Zimmer
Nr. 63 zwangsweise versteigert.
Wiesbaden, den 26. November 1906. 5733

Königl. Amtsgericht Abtl. 1c

Wilhelmstr.
34.
Fernruf 908.

Blumen-Ausstellung

Adolfstraße
6.
Fernruf 3812.

ERNST WAHL.

Um den Bewohnern des Südwestens den Verkehr mit meinem Geschäfte zu erleichtern, habe ich im Hause des Herrn Kelschenbach



6 Adolfstrasse 6



ein Zweiggeschäft errichtet.

Ich glaube hiermit den Wünschen der Anwohner zu entsprechen und bitte von dieser bequemen Einrichtung ausgiebigen Gebrauch zu machen

Ernst Wahl.

7491

Amts Blatt



Erscheint täglich.

der Stadt Wiesbaden.

Telephon Nr. 199.

Druck und Verlag der Wiesbadener Verlaganstalt Emil Bommert in Wiesbaden. — Geschäftsstelle: Mauritiusstraße 8.

Nr. 7.

Mittwoch, den 9. Januar 1907.

22. Jahrgang.

Amflicher Theil

Bekanntmachung

Das am 14. Dezember 1906 im Distikt „Meroberg“ erstiegerte Holz wird vom 8. Januar d. Js. ab zur Abfuhr hiermit überwiesen.

Wiesbaden, den 5. Januar 1907.

7334 Der Magistrat.

Bekanntmachung

Donnerstag, den 10. Januar d. Js., mittags 12 Uhr, soll im Rathaus, Zimmer Nr. 44, ein der Stadt gehöriger Eisweier in der Nähe des Koch-Deinmals — hinteres Merotal — für dieses Jahr öffentlich meistbietend verpachtet werden.

Wiesbaden, den 5. Januar 1907.

Der Magistrat.

Bekanntmachung

Aus unserem Armen-Arbeitshaus, Mainzerlandstr. Nr. 10, sind 6 Schweine (Ferkel), 7 Wochen alt zu verkaufen. Näh. Rathaus, Zimmer Nr. 13, vormittags von 9—1 Uhr.

Wiesbaden, den 5. Januar 1907.

7337 Der Magistrat. — Armenverwaltung.

Bekanntmachung

Montag, den 21. Januar ex. und eventl. die folgenden Tage, vormittags 9 Uhr, und nachmittags 2 Uhr anfangend, werden im Leihhaus, Neugasse 6a (Eingang Schulgasse), die dem städtischen Leihhause, bis zum 15. Dezember ex. einschl. verfallenen Pfänder, bestehend in Brillanten, Gold, Silber, Kupfer, Kleidungsstücken, Leinen, Betten u. versiegelt.

Bis zum 17. Januar ex. können die verfallenen Pfänder vormittags von 8—12 und nachmittags von 2 bis zum Eintritt der Dunkelheit ausgelöst, bezw. die Pfandscheine über Metalle und sonstige dem Wottenfraz nicht unterworfenen Pfänder vormittags von 8—12 oder nachmittags von 2—3 Uhr umgeschrieben werden.

Freitag, den 18. Januar ex. ist das Leihhaus geschlossen.

Wiesbaden, den 5. Januar 1907.

Städt. Leihhaus-Deputation.

Verdingung

Die Ausführung der eisernen Treppen im Wohnhaus-Neubau für den Kanalbauhof an der Scharnhorststraße zu Wiesbaden soll im Wege der öffentlichen Ausschreibung verdingt werden.

Verdingungsunterlagen und Zeichnungen können während der Vormittagsdienststunden im Städt. Verwaltungsgebäude Friedrichstraße Nr. 15, Zimmer Nr. 9 eingesehen, die Verdingungsunterlagen, ausschließlich Zeichnungen, auch von dort gegen Barzahlung oder beistellgeldfreie Einsendung von 25 Pfg. (keine Briefmarken und nicht gegen Postnachnahme) bezogen werden.

Verflossene und mit der Aufschrift S. M. 183 versehene Angebote sind spätestens bis

Samstag, den 12. Januar 1907, vormittags 11 Uhr,

hierher einzureichen.

Die Eröffnung der Angebote erfolgt in Gegenwart der etwa erscheinenden Anbieter.

Nur die mit dem vorgeschriebenen und ausgefüllten Verdingungsformular eingereichten Angebote werden bei der Zuschlagserteilung berücksichtigt.

Zuschlagsfrist: 30 Tage.

7262

Wiesbaden, den 4. Januar 1907.

Stadtbanamt. Abt. für Hochbau.

Verdingung

Die Verglasung des eisernen Kucheneinbaues im Richtig des Rathauses zu Wiesbaden soll im Wege der öffentlichen Ausschreibung unter Wiesbadener Unternehmern verdingt werden.

Verdingungsunterlagen und Zeichnungen können im hiesigen Baubureau während der Dienststunden (9—12 und 3—6 Uhr) eingesehen, die Verdingungsunterlagen, ausschließlich Zeichnungen, auch von dort gegen Barzahlung von 1 Mark bezogen werden.

Die Angebote sind bis spätestens

Dienstag, den 15. Januar 1907, mittags 12 Uhr,

hierher einzureichen.

Die Eröffnung der Angebote erfolgt in Gegenwart der etwa erscheinenden Anbieter oder deren Vertreter.

Nur die mit dem vorgeschriebenen und ausgefüllten Verdingungsformular versehenen Angebote werden bei der Zuschlagserteilung berücksichtigt.

Zuschlagsfrist: 30 Tage.

Wiesbaden, den 5. Januar 1907.

9296

Die Bauleitung für den Rathaus-Neubau.

Städtische Mittelschulen.

Kinder, welche zu Beginn des nächsten Schuljahres in die städtischen Mittelschulen eintreten sollen, sind bis zum 23. ds. Mts. bei den Herren Rektoren anzumelden.

Aufgenommen werden:

1. in die 9. (unterste) Klasse Kinder, die bis zum 31. März 1907 das sechste Lebensjahr vollendet haben; Kinder, die das schulpflichtige Alter noch nicht erreicht haben, können Aufnahme finden, wenn sie bis spätestens zum 30. September l. Js. das sechste Lebensjahr zurücklegen und genügende geistige und körperliche Entwicklung aufweisen;

2. in die 5. Klasse, in welcher der fremdsprachliche Unterricht beginnt, Kinder, die eine Mittel- oder Volksschule vier Jahre lang mit gutem Erfolg besucht haben.

Die Schulanfänger sind nach ihrer Wohnung zu melden:

A. Knaben:

1. in der Mittelschule an der Rheinstraße die Knaben, welche auf der Westseite der Weisenburgstraße, des Bismarckrings, der Wörthstraße, des Schiersteiner Weges und westlich von diesen Straßen wohnen;

2. in der Mittelschule an der Stiftstraße diejenigen Knaben, die nördlich der Volksmühl- und Emserstraße, des Michelsberges, der Langgasse, der mittleren und unteren Webergasse und der Sonnenbergerstraße wohnen, einschließlich der drei letztgenannten Straßen;

3. alle übrigen Knaben in der Knaben-Mittelschule an der Zuisenstraße.

B. Mädchen:

1. die Mädchen der Nordstadt, die innerhalb des unter A 2 bezeichneten Bezirks wohnen, in der Schule an der Stiftstraße;

2. alle übrigen, in den Bezirken A 1 und 3 wohnenden Mädchen in der Schule an der Rheinstraße.

Für die 5. Klasse sind anzumelden:

1. sämtliche Knaben in der Mittelschule an der Zuisenstraße;

2. die Mädchen aus dem südlichen und mittleren Stadtteil in der Mittelschule an der Rheinstraße;

3. die Mädchen der Nordstadt in der Mittelschule an der Stiftstraße.

Diejenigen der für die Mittelschulen angemeldeten Kinder, welche in den dem Riederberge benachbarten Straßen wohnen, werden mit Beginn des nächsten Schuljahres in dem dort erstellten neuen Schulhause eingeschult.

Zur Entgegennahme der Anmeldungen werden die Herren Rektoren von Mittwoch, den 16. bis Mittwoch, den 23. Januar d. Js. täglich — ausgenommen Sonntags — von 11—12 Uhr vormittags, am Mittwoch und Samstag auch von 2—4 Uhr nachmittags in ihren Amtszimmern anwesend sein.

Bei der Anmeldung ist der Geburts- und Taufschein, für evangelische Kinder auch der Taufschein, für die aus anderen Schulen kommenden Kinder das letzte Schulzeugnis vorzulegen.

Das Schulgeld beträgt in allen Klassen 42 M. mit Ermäßigung desselben auf zwei Drittel für das zweite und auf die Hälfte für das dritte und jedes folgende Kind derselben Familie, die gleichzeitig die Mittelschule besuchen.

Bemerkung sei noch, daß die Mittelschulen laut Beschluß der städtischen Körperschaften vom 13. Juli und vom 9. September 1904 von Ostern 1906 ab in normale, neuklassige Anstalten umgewandelt worden sind, und daß dieser Ausbau die Aufnahme der französischen Sprache als wahlfreien Unterrichtsgegenstand der drei obersten Jahrgänge und ganz besonders eine günstigere Gestaltung des Lehrplanes der Mittel- und Oberstufe gestattete. Das Schulzeugnis der neuklassigen Mittelschule berechtigt zum Eintritt in die mittlere Laufbahn bei der Post- und Telegraphenverwaltung und befreit von den zwei ersten Jahreskursen der gewerblichen und vom ersten Jahreskurs der kaufmännischen Fortbildungsschule.

Wiesbaden, den 1. Januar 1907.

6915

Der städtische Schulinsektor: Müller.

Verdingung

Die Ausführung der Dachdeckerarbeiten bei Einrichtung einer Leiter- und Wasenrampe auf dem städt. Grundstück an der Platterstraße Nr. 64 hierseits sollen im Wege der öffentlichen Ausschreibung verdingt werden.

Angebotsformulare, Verdingungsunterlagen und Zeichnungen können während der Vormittagsdienststunden im Bureau für Gebäudeunterhaltung, Friedrichstraße 15, Zimmer Nr. 2 eingesehen, die Verdingungsunterlagen, auch von dort gegen Barzahlung oder beistellgeldfreie Einsendung von 25 Pfg. und zwar bis zum Termin bezogen werden.

Verflossene und mit der Aufschrift „G. H. 182

Loos III.“ versehene Angebote sind spätestens bis

Mittwoch, den 23. Januar 1907, vormittags 10 Uhr,

hierher einzureichen.

Die Eröffnung der Angebote erfolgt in Gegenwart der etwa erscheinenden Anbieter.

Nur die mit dem vorgeschriebenen und ausgefüllten Verdingungsformular eingereichten Angebote werden bei der Zuschlagserteilung berücksichtigt.

Zuschlagsfrist: 4 Wochen.

Wiesbaden, den 5. Januar 1907.

7359

Stadtbanamt, Bureau für Gebäudeunterhaltung.

Städtische Volksschulen.

Die Eltern und Pfleger der Ostern 1907 schulpflichtig werdenden Kinder, welche in die städtischen Volksschulen eintreten sollen, werden dringend ersucht, dieselben schon jetzt in der Schule ihres Bezirkes anzumelden, damit rechtzeitig für ihre Beschulung gesorgt werden kann.

Die Verpflichtung zum Schulbesuch beginnt Ostern 1907 für diejenigen Kinder, die bis zum 31. März 1907 das sechste Lebensjahr vollendet haben oder vollenden. Außerdem können nur solche Kinder aufgenommen werden, welche genügende geistige und körperliche Entwicklung aufweisen und wenigstens bis zum 30. September 1907 das sechste Lebensjahr zurücklegen.

Die Schulanfänger sind nach ihrer Wohnung wie folgt zu melden:

1. In der Schule am Gutenbergplatz die Kinder des südlichen Stadtteils. Die Nordgrenze dieses Schulbezirks läuft mitten durch die Dohlemerstraße, durch die vordere Schwalbacherstraße, die Hausnummern 2—14 einschließend, und durch die untere Rheinstraße; im Osten endet er mit der Nikolastraße und der Linie der Rheinbahn.

2. In der Knabenschule am Mäckerplatz die Knaben und in der Mädchenschule an der Reichstraße die Mädchen aus dem westlichen Stadtteil. Die Grenzen dieses Schulbezirks laufen durch die Lahn-, Seeroben-, hintere Weßtrig-, Hellmund- und Dohlemerstraße.

3. In der Schule an der Gastelstraße die Kinder aus dem Stadtteil nördlich der Lahn-, Seeroben-, hinteren Weßtrig- und vorderen Emserstraße, mit Einschluß von Schwalbacherstraße Nr. 61—73, Adlerstraße Nr. 43—71, 44—62, Kellerstraße, Platterstraße und Rubbergstraße; außerdem die Mädchen aus Schachtstraße Nr. 1—27, der unteren Adlerstraße Nr. 1—42, Römerberg Nr. 21—39, 24—38, Röderstraße 1—14 und der Feldstraße.

4. In der Schule an der Lehrstraße a) die Kinder aus der Sonnenbergerstraße, Webergasse, Schachtstraße Nr. 29—33, 38—39, Römerberg 1—19, 2—22, Steingasse, Röderstraße 15—41, 16—36, der Weßtrig-, Stiftstraße, dem Merotal und dem ganzen weiter nach Nordosten gelegenen Stadtteil; außerdem b) die Knaben aus der Feldstraße, der Röderstraße, dem Römerberg, der Schachtstraße und der unteren Adlerstraße Nr. 1—42.

5. In der Anstalt Schulberg 12 die Kinder aus den Stadtteilen, die östlich der Hellmund- und vorderen Schwalbacherstraße, nördlich der Rhein- und Frankfurterstraße und südlich der Sonnenbergerstraße, Webergasse und Schachtstraße gelegen sind.

6. In der Schule an der Mainzer Landstraße endlich die Kinder, die im südöstlichen Stadtteil zwischen der Frankfurterstraße, der Lessingstraße und der Linie der Rheinbahn wohnen.

Die Anmeldungen nehmen die Herren Rektoren und Herr Lehrer Böhmgen entgegen, erstere von Mittwoch, den 16. bis Mittwoch, den 23. Januar d. Js. täglich — ausgenommen Sonntags — von 11—12 Uhr vormittags, am Mittwoch und Samstag auch nachmittags von 2—4 Uhr in ihrem Amtszimmer, letzterer am Sonntags, den 19. Januar, vormittags von 11—12 Uhr in der Schule an der Mainzer Landstraße.

Bei der Anmeldung ist der Geburts- und Taufschein und für evangelische Kinder auch der Taufschein vorzulegen. Die Schulanfänger sind zur Anmeldung mitzubringen.

Wiesbaden, den 1. Januar 1907.

6916

Der städtische Schulinsektor: Müller.

Verdingung

Die Lieferung des Bedarfs an verzinkten Eisen zu Hossinkasten und Kettfängen, sowie an Mörtel-eimern im Rechnungsjahre 1907 soll im Wege der öffentlichen Ausschreibung verdingt werden.

Angebotsformulare, Verdingungsunterlagen und Zeichnungen können während der Vormittagsdienststunden beim Kanalbauamt im Rathaus Zimmer Nr. 65 eingesehen, die Verdingungsunterlagen, einschließlich Zeichnungen, auch von dort gegen Barzahlung oder beistellgeldfreie Einsendung von 1 M. bezogen werden.

Verflossene und mit entsprechender Aufschrift versehene Angebote sind spätestens bis

Samstag, den 19. Januar 1907, vormittags 11 Uhr,

im Rathaus, Zimmer Nr. 65, einzureichen.

Die Eröffnung der Angebote erfolgt in Gegenwart der etwa erscheinenden Anbieter oder der mit schriftlicher Vollmacht versehenen Vertreter.

Nur die mit dem vorgeschriebenen und ausgefüllten Verdingungsformular eingereichten Angebote werden bei der Zuschlagserteilung berücksichtigt.

Zuschlagsfrist: 3 Wochen.

Wiesbaden, den 3. Januar 1907.

7331

Städtisches Kanalbauamt.

Unentgeltliche

Sprechstunde für unbemittelte Lungenkranke.

Im städt. Krankenhaus findet Mittwoch und Samstag Vormittags von 11—12 Uhr eine unentgeltl. Sprechstunde für unbemittelte Lungenkranke statt (ärztl. Untersuchung und Beratung, Einweisung in die Heilanstalt, Untersuchung des Auswurfs u.).

Wiesbaden, den 12. November 1903.

Städt. Krankenhaus-Verwaltung

Verdingung.

Die Ausführung der **Fächer- und Aufreicherarbeiten** zur Instandsetzung der **Kassaden und Wandelhalle der alten Kolonnade Nos I** und der **Theater-Kolonnade Nos II**, sowie die Erneuerung von **47 Stück Markisen** an der Wandelhalle der alten Kolonnade Nos III an der Wilhelmstraße hier sollen im Wege der öffentlichen Ausschreibung verdingt werden.

Angebotsformulare und Verdingungsunterlagen können während der Vormittagsdienststunden im Bureau für Gebäudeunterhaltung, Friedrichstraße 15, Zimmer Nr. 2, eingesehen, die Verdingungsunterlagen auch von dort gegen Barzahlung oder bestellgeldfreie Einreichung von je 50 Pfg. und zwar bis zum Montag, d. 14. Januar 1907 bezogen werden.

Verschluss und mit der Aufschrift „**G. II. 29-31 Nos**“ versehenen Angebote sind spätestens bis

Dienstag den 15. Januar 1907,
vormittags 10 Uhr,

hierher einzureichen.

Die Eröffnung der Angebote erfolgt — unter Einhaltung der obigen Nos-Reihenfolge — in Gegenwart der etwa erscheinenden Anbieter.

Nur die mit dem vorgeschriebenen und ausgefüllten Verdingungsformular eingereichten Angebote werden berücksichtigt.

Zuschlagsfrist: 4 Wochen.

Wiesbaden, den 5. Januar 1907.

7359 Stadtbauamt, Bureau für Gebäudeunterhaltung.

Bekanntmachung.

Die fortschreitende Bebauung der Bergänge unserer Gemarkung hat es notwendig gemacht, außer der seit hergebrachten Wasserleitung eine Hochdruckwasserleitung zu erbauen, deren Stollenmündungen auf 250 über N. P. liegen.

Sobald diese Hochdruckleitung fertiggestellt und in Betrieb genommen ist, werden unter Anrechnung der Reibungs- und sonstigen Verluste Gebäude bis zu nachstehenden Grenzen mit Wasser versorgt werden können:

ein- und zweistöckige Gebäude bis zu einer Erdgeschosshöhe auf höchstens 215 über N. P. (einschl.),
dreistöckige Gebäude bis zu einer Erdgeschosshöhe auf höchstens 209 über N. P. (einschl.),
vierstöckige Gebäude bis zu einer Erdgeschosshöhe auf höchstens 203 über N. P. (einschl.).

Bis zur Fertigstellung der Hochdruckleitung wird jedoch noch einige Zeit vergehen, und bis dahin können nur solche Gebäude mit Wasser versehen werden, deren Erdgeschosshöhe:

- a) bei einstöckigen Gebäuden höchstens 173 über N. P.
- b) bei zweistöckigen Gebäuden höchstens 168 über N. P.
- c) bei dreistöckigen Gebäuden höchstens 163 über N. P.
- d) bei vierstöckigen Gebäuden höchstens 156 über N. P.

liegt.
Bis zu welcher Höhenlage und unter welchen Bedingungen die Wasserleitung später aus der in der Ausführung begriffenen Hochdruckleitung erfolgen wird, soll durch statuarische Bestimmungen festgestellt werden.

Der einstweilige Anschluss derjenigen Gebäude, deren Erdgeschosshöhe mehr als 156 m. über N. P. liegt, schließt den späteren Anschluss dieser Gebäude an die Hochdruckwasserleitung und die Anwendung der für diese festzustellenden besonderen Bezugsbedingungen nicht aus.

Alle Bausuche für höher liegende Gebäude müssen vorläufig auf Ablehnung begutachtet werden, da solche Neubauten bis zur Fertigstellung der Hochdruckleitung keine in sanitäts- und feuerpolizeilicher Hinsicht ausreichende Wasserversorgung erhalten können.

Aus diesem Grunde werden auch alle auf Dispens von diesen Bedingungen lautende Gesuche bis auf Weiteres abschlägig beschieden werden.

Wiesbaden, den 18. Februar 1906.

Der Magistrat.

Freiwillige Feuerwehr Clarental,

VI. Zug.

Die Mannschaften der freiwilligen Feuerwehr Clarental, VI. Zug, werden zu einer

General-Versammlung

in voller Uniform am **Mittwoch, den 9. Januar 1907,** abends 8^{1/2} Uhr in das Lokal „**Zum Jägerhaus**“, Restaurateur Pahn, eingeladen.

Unter Bezugnahme auf die Statuten wird pünktliches Erscheinen erwartet.

Wiesbaden, den 3. Januar 1907.

7142 Der Branddirektor.

Kurhaus zu Wiesbaden.

Zyklus von 12 Konzerten unter Mitwirkung hervorrag. Künstler.

Freitag, den 11. Januar 1907,
abends 7^{1/2} Uhr

VII. Konzert.

Leitung: Herr Kapellmeister **UGO AFFERNI**.
Solist: Herr Professor **Eugen Ysaye** aus Brüssel (Violine).
Orchester: **Verstärktes Kur-Orchester.**

Programm:

1. Phantasie-Ouverture zu „**Romeo und Julia**“ Tschairowsky
 2. Konzert in G-dur für Violine mit Orchester W. A. Mozart
Herr Ysaye
 3. Mazepa, symph. Dichtung (nach V. Hago) Frz. Liszt
 4. Konzert in G-moll für Violine mit Orchester M. Bruch
Herr Ysaye
 5. Ouverture „**Meerestille und glückliche Fahrt**“ F. Mendelssohn
- I. numerierter Platz 5 Mk.; II. numerierter Platz 4 Mk.
Mittelgalerie numerierter Platz 3 Mk.
Galerie rechts und links numerierter Platz 2 Mk.

Kartenverkauf täglich bis 3 Uhr Nachmittags am Kassenhäuschen an der Sonnenbergerstrasse, von da ab an der Tageskasse im Hauptportal.

Bei Beginn des Konzertes werden die Eingangstüren des Saales und der Galerien geschlossen und nur in den Zwischenpausen geöffnet.

Städtische Kur-Verwaltung.

Nichtamtlicher Theil**Sonnenberg.****Bekanntmachung.**

Die Wählerliste für die Wahlen zur Gemeindevertretung (§ 26 L. O.) liegt in der Zeit vom 15. bis 30. Januar 1907 auf hiesiger Bürgermeisterei aus. (§ 27 L. O.)

Während dieser Zeit kann jeder Stimmberechtigte gegen die Richtigkeit der Liste bei dem Gemeindevorstand Einspruch erheben.

Sonnenberg, den 3. Januar 1907.

Der Gemeindevorstand:

J. B.:

Dr. Kade, Regierungsrath.

7268

Bekanntmachung.

Die Anmeldung der Militär-Stammrolle betr.

Unter Bezugnahme auf den die Meldepflicht der Militärlastigen § 25 der Wehrordnung ersuche ich die Polizeiverwaltungen zu Wiesbaden und Hochheim und die Herren Bürgermeister des Kreises, die Bestimmungen desselben, welche nachstehend abgedruckt sind, wiederholt auf ortsübliche Weise zur allgemeinen Kenntnis zu bringen und auf die strenge Befolgung der darin gegebenen Vorschriften durch die dazu Verpflichteten mit Nachdruck zu halten und etwa vorkommende Uebertretungen im Wege der vorläufigen Straffestsetzung zu ahnden.

Der § 25 der Wehrordnung lautet:

1. Nach Beginn der Militärpflicht (§ 22) haben die Wehrpflichtigen die Pflicht, sich zur Aufnahme in die Rekrutierungsstammrolle (§ 32) anzumelden (Meldepflicht). *) (R. M. G. § 31.)

Diese Meldung muß in der Zeit vom 15. Januar bis zum 1. Februar erfolgen. **)

2. Die Anmeldung erfolgt bei der Ortsbehörde desjenigen Ortes, an welchem der Militärlastige seinen dauernden Aufenthalt hat.

Als dauernder Aufenthalt ist anzusehen:

- a) für militärlastige Dienstboten, Haus- und Wirtschaftsbeamte, Handlungsdiener, Handwerksgehilfen, Lehrlinge, Fabrikarbeiter und andere in einem ähnlichen Verhältnisse stehende Militärlastige des Ortes, an welchem sie in der Lehre, im Dienst oder in Arbeit stehen; Fabrikarbeiter usw., welche außerhalb ihres Wohnortes beschäftigt sind, werden als am Wohnort — nicht am Beschäftigungsorte — meldepflichtig behandelt;
- b) für militärlastige Studierende, Schüler und Zöglinge sonstiger Lehranstalten der Orte, an welchem sich die Lehranstalt befindet, der die Genannten angehören, sofern dieselben auch an diesem Orte wohnen.

3. Hat der Militärlastige seinen dauernden Aufenthalt, so meldet er sich bei der Ortsbehörde seines Wohnortes. (R. M. G. § 17. G. v. 6. 5. 80. Art. II. § 12.)

4. Wer innerhalb des Reichsgebietes weder einen dauernden Aufenthalt noch einen Wohnort hat, meldet sich in seinem Geburtsort zur Stammrolle, und wenn der Geburtsort im Auslande liegt, in demjenigen Orte, in welchem die Eltern oder Familienväter ihren letzten Wohnort hatten. (R. M. G. v. 6. 5. 80. Art. II. § 12.)

5. Bei der Anmeldung zur Stammrolle ist das Geburtszeugnis **) vorzulegen, sofern die Anmeldung nicht am Geburtsort selbst erfolgt.

6. Sind Militärlastige von dem Orte, an welchem sie sich nach Ziffer 2 oder 3 zur Stammrolle anzumelden haben, zeitig abwesend (auf der Reise begriffene Handlungsgehilfen, auf See befindliche Seeleute usw.), so haben ihre Eltern, Vormünder, Lehrer, Vot- oder Fabrikherren die Verpflichtung, sie innerhalb des in Ziffer 1 genannten Zeitraumes zur Stammrolle anzumelden.

Dieselbe Verpflichtung ist, soweit dies gesetzlich zulässig, den Vorstehern staatlicher oder unter staatlicher Aufsicht stehender Straf-, Besserungs- und Heilanstalten in betreff der daselbst untergebrachten Militärlastigen aufzuerlegen.

7. Die Anmeldung zur Stammrolle ist in der vorstehend vorgeschriebenen Weise seitens der Militärlastigen so lange alljährlich zu wiederholen, bis eine endgültige Entscheidung über die Dienstverpflichtung durch die Erfahrungsbehörden erfolgt ist. (§ 28 A.)

Bei Wiederholung der Anmeldung zur Stammrolle ist der im ersten Militärlastjahr erhaltene Lösungsschein (§ 67) vorzulegen.

Außerdem sind etwa eingetretene Veränderungen (in betreff des Wohnortes, des Gewerbes, des Standes usw.) dabei anzugeben.

8. Von der Wiederholung der Anmeldung zur Stammrolle sind nur diejenigen Militärlastigen befreit, welche für einen bestimmten Zeitraum von den Erfahrungsbehörden ausdrücklich hieron entbunden oder über das laufende Jahr hinaus zurückgestellt werden. (§ 29 B.)

9. Militärlastige, welche nach Anmeldung zur Stammrolle im Laufe eines ihrer Militärlastjahre ihren dauernden Aufenthalt oder Wohnort verlegen, haben dieses behufs Berichtigung der Stammrolle sowohl beim Abgange der Behörde oder Person, welche sie in die Stammrolle aufgenommen hat, als auch nach der Ankunft an dem neuen Orte derjenigen, welche daselbst die Stammrolle führt, spätestens innerhalb dreier Tage zu melden. (§ 47 B.)

10. Versäumung der Meldepflichten (Ziffer 1, 7 und 9) entbindet nicht von der Meldepflicht.

11. Wer die vorgeschriebenen Meldungen zur Stammrolle oder zur Berichtigung derselben unterläßt, ist mit Geldstrafe bis zu dreißig Mark oder mit Haft bis zu drei Tagen zu bestrafen.

*) Militärlastige, welche im Besitze des Vereidigungs-scheines zum einjährig-freiwilligen Dienst oder des Vereidigungszugewinnes zum Freizeutmann sind, haben beim Eintritt in das militärlastige Alter ihre Zurückstellung von der Aushebung zu beantragen (§ 93 A.) und sind alsdann von der Anmeldung zur Rekrutierungsstammrolle entbunden.

**) Im übrigen siehe § 77 A.

***) Diese Geburtszeugnisse sind kostenfrei zu erteilen. (R. M. G. § 32.)

Ist diese Versäumung durch Umstände herbeigeführt, deren Beseitigung nicht in dem Willen des Meldepflichtigen lag, so tritt keine Strafe ein (§ 26 B.). (R. M. G. § 33.)

Wiesbaden, den 11. Dezember 1906.
Der Vorsitzende der Erfahrungs-Kommission des Landkreises
Wiesbaden.
von Herzberg.

Wird hiermit den hiesigen Wehrpflichtigen zur Kenntnis gebracht.

Sonnenberg, 3. Januar 1907.

Der Bürgermeister.
J. B. Kade.
Regierungsrath.

Verdingung.

Die für das Rechnungsjahr 1907 für die Garnison-lazarette Wiesbaden und Viebrich erforderlichen Verpflegungsbedürfnisse und das Eis, sowie die Abnahme der Küchenabfälle u. Brotreste sollen am **17. Januar 1907, vormittags 11 Uhr**, im Geschäftszimmer des Garnisonlazaretts Wiesbaden Schwalbacherstraße 16, woselbst auch die Bedingungen von jetzt ab einzusehen und zu unterschreiben sind, öffentlich verdingt werden. Versiegelte Angebote mit bedingungsmaßiger Aufschrift sind bis zum genannten Termin nach hier einzureichen.

Wiesbaden, den 5. Januar 1907.

Königliches Garnisonlazarett.

Holzschneiderei u. Brennholzverkauf.

Schneiden von Stämmen, sowie Brennholz, letzteres auf Wunsch im Hause mit fahrbarer Kreissäge empfiehlt sich billigst

Karl Güttler, Dogheimerstr. 103.

Gleichzeitig offeriere kiefernes Kuzendholz, gespalten pro Ztr. 2 Mk. 40 Pfg., Brennholz à Ztr. 1 Mk. 40 Pfg. bei Abnahme von 5 Ztr. frei ins Haus.

4212

Mobiliar-Versteigerung.

Wegen Weg- und Umzug verfertigte ich zufolge Auftrags am **Mittwoch, den 9. Januar er., nachm. 2^{1/2} Uhr** beginnend in meinem Versteigerungssaale

No. 7 Schwalbacherstraße No. 7

folgende gebrauchte gut erhaltene Mobiliar-Gegenstände als:

Ruß. Schlafzimmers-Einrichtung best. aus: 2 Betten, Spiegelkrant, Waschkommode mit Marmor u. Spiegel-Aufsatz u. 2 Nachttische mit Aufsätzen, Ruß. Bett mit Hochhaarmatratze, Mahag. Bett, Ruß. Waschkommode mit Marmor Ruß. u. lack. 2-tür. Kleiderkasten, Kleider- u. Handtaschenständer, Komfö, Spiegelständer, gr. rund. Ausrichtisch, Paneel-Diwan u. 2 Sessel mit Kameeltaschenbezug, Diwan mit Paneel, 2 Sessel und 2 Hocker mit Tuchbezug, Sofa u. 2 Sessel mit Blüschbezug, verstellb. Ottomane mit Blüschdecke, Tisch, Stühle, Spiegel, Bilder, Nähmaschine, Rippjachen, Brüsseler Teppiche (5x6 m), farbige u. weiße Tischtücher, Servietten, gr. Eß-Servier (160 Teile), gr. kupp. Kaffeemaschine, Glaschiller, gr. eis. Wäschemangel, Kinderbadewanne, eis. Waschtisch, gr. Gasofenherd mit Bratpfen (1,25 m lg., 0,85 m tief, 0,80 m hoch), Ausstellsschränken mit Glasscheiben, Messerputzmaschine, Zimmerklosett, Küchenschrank und dergl. mehr freiwillig meißelnd gegen Baarzahlung.

Besichtigung am Versteigerungstage.

Wilhelm Helfrich,

Auktionator und Taxator.

Schwalbacherstraße 7.

7413

Nach mehrjähriger Tätigkeit als Assistenzarzt habe ich mich hier als

prakt. Arzt

niedergelassen.

Sprechzeit 8^{1/2}—10, 2^{1/2}—4, Sonntags 9—11.

Tel. 3818.

Dr. Weyrauch,

Emserstraße 26, Ecke Wagramstraße.

Ich beteilige mich an der Rassenpraxis.

6864

Lehr-Institut für Damen-Schneiderei.

Unterricht im Nachahmen, Unterzeichnen, Zuschneiden und Anfertigen von Damen- und Kinderkleidern wird gründlich und sorgfältig erteilt. Die Damen fertigen ihre eigenen Kostüme an, welche bei einiger Aufmerksamkeit tadelloser werden. Sehr leichte Methode. Die besten Erfolge können durch zahlreiche Schulerinnen nachgewiesen werden.

4519

Schnittmuster-Verkauf.

Nähere Auskunft von 9—12 und von 3—6 Uhr.
Prospekte gratis und franco.

Anmeldungen nimmt entgegen

Marie Wehrbein, Friedrichstr. 36,

Gartenhaus 1. Stod, im Hause des Herrn Kölich.

Möbel
Betten, u. Ausstattungen,
Poltermöbel, eig. Anfert.
A. Leicher,
Eidelstraße 46.
Nur beste Qualitäten, billige
Preise. — Teilzahlung. 76